

# Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

63. Jahrgang

Ausgegeben in Hannover am 27. August 2009

Nummer 18

---

INHALT

Tag		Seite
10. 8. 2009	Verordnung über Mitteilungen in Nachlasssachen und den Inhalt von Testamentsverzeichnissen ..... 32300 (neu)	326
14. 8. 2009	Verordnung zur Änderung der Kirchensteuerdurchführungsverordnung ..... 62100 01 01, 62100 01 02	327
17. 8. 2009	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung ..... 30000 00 03	328
21. 8. 2009	Berichtigung der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr ..... 20120	329

---

**Verordnung  
über Mitteilungen in Nachlasssachen und  
den Inhalt von Testamentsverzeichnissen**

**Vom 10. August 2009**

Aufgrund des § 82 a Abs. 6 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 12. März 2009 (BGBl. I S. 470), wird verordnet:

§ 1

Mitteilungen in Nachlasssachen

(1) <sup>1</sup>Mitteilungen, die nach § 82 a Abs. 4 Sätze 1 und 2, auch in Verbindung mit § 82 b Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, sowie Abs. 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und nach § 34 a Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes an das zuständige Standesamt oder das Amtsgericht Schöneberg in Berlin zu richten sind, müssen Angaben enthalten zu

1. dem Geburtsnamen, den Vornamen, den Familiennamen, dem Geburtsdatum und dem Geburtsort der Erblasserin oder des Erblassers,
2. der Art der letztwilligen Verfügung und
3. dem Datum der Inverwahrnahme, der Geschäftsnummer oder der Urkundsnummer, unter der die letztwillige Verfügung registriert ist.

<sup>2</sup>Daneben sind die Postleitzahl des Geburtsorts der Erblasserin oder des Erblassers, die Gemeinde und der Kreis, das für den Geburtsort zuständige Standesamt und die Geburtenregisternummer mitzuteilen. <sup>3</sup>Soweit die Angaben nach Satz 2 dem nach § 73 Abs. 4 und 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständigen Amtsgericht oder der Notarin oder dem Notar bei der Inverwahrnahme nicht bekannt sind, sind sie bei der Erblasserin oder dem Erblasser zu erfragen.

(2) Bei einem gemeinschaftlichen Testament oder einem Erbvertrag sind die Angaben nach Absatz 1 für jede Erblasserin und jeden Erblasser getrennt mitzuteilen.

(3) Für die Mitteilungen nach den Absätzen 1 und 2 sind die amtlich eingeführten Vordrucke zu verwenden.

§ 2

Inhalt der Testamentsverzeichnisse

(1) In das Testamentsverzeichnis sind die Angaben der nach § 73 Abs. 4 und 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für die Inverwahrnahme zuständigen Amtsgerichte und der Notarinnen und Notare nach § 82 a Abs. 4 Sätze 1 und 2, auch in Verbindung mit § 82 b, sowie Abs. 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und nach § 34 a des Beurkundungsgesetzes einzutragen.

(2) <sup>1</sup>Die Eintragungen nach Absatz 1 sind nach dem Tod der Erblasserin oder des Erblassers zu speichern und nach fünf Jahren zu löschen. <sup>2</sup>Ist die Erblasserin oder der Erblasser für tot erklärt oder der Todeszeitpunkt gerichtlich festgestellt worden, so sind die Eintragungen nach der Todeserklärung oder der gerichtlichen Feststellung des Todeszeitpunkts zu speichern und nach 30 Jahren zu löschen.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Hannover, den 10. August 2009

**Die Niedersächsische Landesregierung**

W u l f f

B u s e m a n n

**Verordnung  
zur Änderung der Kirchensteuereinführungsverordnung**

**Vom 14. August 2009**

Aufgrund des § 17 Satz 1 Nrn. 1 bis 3 und Satz 2 des Kirchensteuerrahmengesetzes in der Fassung vom 10. Juli 1986 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2008 (Nds. GVBl. S. 396), wird verordnet:

Artikel 1

Die Kirchensteuereinführungsverordnung vom 8. Dezember 1972 (Nds. GVBl. S. 492), geändert durch Verordnung vom 12. Dezember 1996 (Nds. GVBl. S. 515), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

(1) <sup>1</sup>Die in einem Vomhundertsatz der Lohnsteuer zu erhebende Kirchensteuer ist vom Arbeitgeber einzubehalten, beim Finanzamt anzumelden und an dieses abzuführen. <sup>2</sup>Es ist nur zwischen evangelischer und katholischer Lohnkirchensteuer zu unterscheiden. <sup>3</sup>Die abzuführende Lohnkirchensteuer ist im Rahmen der Lohnsteuer-Anmeldung beim zuständigen Finanzamt getrennt nach evangelischer und katholischer anzumelden. <sup>4</sup>Als evangelische Lohnkirchensteuer gilt dabei Kirchensteuer, die aufgrund der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Merkmale ‚lt‘, ‚rf‘ und ‚ev‘ einzubehalten ist, und als katholische Lohnkirchensteuer die, die aufgrund der eingetragenen Merkmale ‚rk‘ und ‚ak‘ einzubehalten ist.

(2) <sup>1</sup>Die in einem Vomhundertsatz der Kapitalertragsteuer zu erhebende Kirchensteuer ist vom Kirchensteuerabzugsverpflichteten einzubehalten, anzumelden und abzuführen. <sup>2</sup>Die abzuführende Kirchensteuer vom Kapitalertrag ist im Rahmen der Kapitalertragsteuer-Anmeldung beim zuständigen Finanzamt getrennt nach den einzelnen steuerberechtigten Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften anzumelden.

(3) <sup>1</sup>Wird die Lohnsteuer pauschaliert erhoben, so ist die danach zu berechnende Lohnkirchensteuer vom Finanzamt in einen evangelischen und einen katholischen Teil

nach dem Schlüssel aufzuteilen, der im Niedersächsischen Ministerialblatt bekannt gemacht wird. <sup>2</sup>Dies gilt entsprechend bei Pauschalierung der Einkommensteuer.“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz und wie folgt geändert:

Die Worte „geänderte Lohnsteuerkarte vorgelegt wird“ werden durch die Worte „geänderten Lohnsteuerabzugsmerkmale vorliegen“ ersetzt.

b) Satz 2 wird gestrichen.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird die Angabe „im Sinne des § 7 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3“ durch die Angabe „im Sinne des § 7 Abs. 3 bis 5“ und die Angabe „den Buchstaben b des § 7 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3“ durch die Angabe „§ 7 Abs. 3 Nr. 2, Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 oder Abs. 5 Satz 1 Nr. 2“ ersetzt.

b) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 ist Kirchensteuer als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer vom Kirchensteuerabzugsverpflichteten nur einzubehalten, wenn im Zeitpunkt des Zuflusses der Kapitalerträge eine Kirchensteuerpflicht bestand.“

4. § 5 wird gestrichen.

5. Der bisherige § 6 wird § 5.

Artikel 2

Die 2. Kirchensteuereinführungsverordnung vom 2. Juli 1982 (Nds. GVBl. S. 272) wird aufgehoben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

Hannover, den 14. August 2009

**Die Niedersächsische Landesregierung**

Wulff      Möllring

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung zur Regelung  
von Zuständigkeiten  
in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung**

**Vom 17. August 2009**

**Aufgrund**

des § 376 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2286), in Verbindung mit Artikel 14 Abs. 1 des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 28. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102),

des § 55 Abs. 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Fassung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2474), und

des § 16 a Abs. 3 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 300-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 17. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2586),

jeweils in Verbindung mit § 1 der Subdelegationsverordnung-Justiz vom 6. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 244), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. August 2009 (Nds. GVBl. S. 323),

wird verordnet:

**Artikel 1**

Die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung vom 22. Januar 1998 (Nds. GVBl. S. 66), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2008 (Nds. GVBl. S. 221), wird wie folgt geändert:

1. § 16 d erhält folgende Fassung:

„§ 16 d

Führung der Handels-, Genossenschafts-, Vereins- und Partnerschaftsregister

(1) Für die Führung des Handels-, des Genossenschafts- und des Vereinsregisters ist zuständig das

Amtsgericht	für die Amtsgerichtsbezirke
Aurich	Aurich, Emden, Leer (Ostfriesland), Norden, Wittmund
Braunschweig	Bad Gandersheim, Braunschweig, Clauenthal-Zellerfeld, Goslar, Helmstedt, Salzgitter, Seesen, Wolfenbüttel, Wolfsburg

Amtsgericht	für die Amtsgerichtsbezirke
Göttingen	Duderstadt, Einbeck, Göttingen, Hann. Münden, Herzberg am Harz, Northeim, Osterode am Harz
Hannover	Burgwedel, Hameln, Hannover, Neustadt am Rübenberge, Springe, Wennigsen (Deister)
Hildesheim	Alfeld (Leine), Burgdorf, Elze, Gifhorn, Hildesheim, Holzminden, Lehrte, Peine
Lüneburg	Celle, Dannenberg (Elbe), Lüneburg, Soltau, Uelzen, Winsen (Luhe)
Oldenburg (Oldenburg)	Brake (Unterweser), Cloppenburg, Delmenhorst, Jever, Nordenham, Oldenburg (Oldenburg), Varel, Vechta, Westerstede, Wildeshausen, Wilhelmshaven
Osnabrück	Bad Iburg, Bersenbrück, Lingen (Ems), Meppen, Nordhorn, Osnabrück, Papenburg
Stadthagen	Bückeburg, Rinteln, Stadthagen
Tostedt	Bremervörde, Buxtehude, Cuxhaven, Langen, Otterndorf, Stade, Tostedt, Zeven
Walsrode	Achim, Diepholz, Nienburg (Weser), Osterholz-Scharmbeck, Rotenburg (Wümme), Stolzenau, Sulingen, Syke, Verden (Aller), Walsrode.

(2) Für die Führung des Partnerschaftsregisters ist für alle Amtsgerichtsbezirke in Niedersachsen das Amtsgericht Hannover zuständig.“

2. Nach § 16 h wird der folgende § 16 i eingefügt:

„§ 16 i

Kontaktstelle des Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen

Kontaktstelle im Sinne des Artikels 2 der Entscheidung 2001/470/EG des Rates vom 28. Mai 2001 über die Einrichtung eines Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen (ABl. EG Nr. L 174 S. 25), geändert durch Entscheidung Nr. 568/2009/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 (ABl. EU Nr. L 168 S. 35), ist für das Land Niedersachsen das Oberlandesgericht Celle.“

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am 1. September 2009 in Kraft.

Hannover, den 17. August 2009

**Niedersächsisches Justizministerium**

Busemann  
Minister

**B e r i c h t i g u n g**  
**der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr**

Die Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Verkehr vom 3. August 2009 (Nds. GVBl. S. 316) wird wie folgt berichtigt:

In § 21 Abs. 2 wird die Angabe „3.12“ durch die Angabe „3.11“ ersetzt.

Hannover, den 21. August 2009

**Niedersächsisches Ministerium**  
**für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr**

Im Auftrage

S c h m i d t

Ministerialdirigent

# Preiswerte Textausgaben wichtiger Gesetze

**Aktuell:**

## Gemeinde- und Landkreis- ordnung

Neubekanntmachung der Niedersächsischen  
Gemeindeordnung (NGO) vom 28. 10. 2006  
und der Niedersächsischen Landkreisord-  
nung (NLO) vom 30. 10. 2006 (Nds. GVBl.  
Nr. 27/06) ..... 7,35 €

(Die Einzelpreise verstehen sich einschl. MwSt. zuzüglich  
Versandkosten.)

Bestellungen erbeten an:

 **schlütersche**  
*Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG*

Postanschrift: 30130 Hannover  
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover  
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405  
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de

# Schnelle und zuverlässige Information

bieten Ihnen die amtlichen Verkündungsblätter  
der Niedersächsischen Landesregierung:

## **Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt**

**Herausgegeben von der Niedersächsischen  
Staatskanzlei**

Hier werden alle Gesetze und Verordnungen  
für Niedersachsen veröffentlicht.

Das „Niedersächsische Gesetz- und Verordnungsblatt“ erscheint nach Bedarf (etwa wöchentlich), der Preis für ein Jahresabonnement beträgt 56,30 € (einschließlich Mehrwertsteuer und einschließlich Versandkosten).

Einzelhefte: je angefangene 8 Seiten 1,05 € (einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten).

## **Niedersächsisches Ministerialblatt**

**Herausgegeben von der Niedersächsischen  
Staatskanzlei**

Hier finden Sie die Runderlasse und Bekanntmachungen der Niedersächsischen Landesregierung und des Landesrechnungshofes.

Das „Niedersächsische Ministerialblatt“ erscheint wöchentlich, Bezugspreis pro Jahr 130,40 € (einschließlich Mehrwertsteuer und einschließlich Versandkosten).

Einzelhefte: je angefangene 16 Seiten 1,55 € (einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Versandkosten).

## **Niedersächsischer Staatsanzeiger**

**Herausgegeben vom Niedersächsischen  
Justizministerium**

In diesem Amtsblatt werden die Bekanntmachungen der niedersächsischen Gerichte und Justizverwaltungsbehörden veröffentlicht (Zwangsvollstreckungen, Vergleiche, Güterrechtsregister, Vereinsregister u. Ä.).

Der „Niedersächsische Staatsanzeiger“ erscheint wöchentlich, das Jahresabonnement kostet 34,80 € (einschließlich Mehrwertsteuer und einschließlich Versandkosten).

Bestellungen erbeten an:

 **schlütersche**  
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

Postanschrift: 30130 Hannover  
Adresse: Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover  
Telefon 0511 8550-0 · Telefax 0511 8550-2405  
info@schluetersche.de · www.schluetersche.de

**Wenn es einmal schnell  
gehen muss...**

**[www.rechtsvorschriften-niedersachsen.de](http://www.rechtsvorschriften-niedersachsen.de)**

**Niedersächsisches  
Gesetz- und Verordnungsblatt  
und  
Niedersächsisches Ministerialblatt  
als**

**Download-Version für 5 €**

je Einzeldokument

Kostenlose Suchfunktion möglich

 **schlütersche**  
*Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG*